

China macht Front gegen die Bitcoins

06.12.2013

Zentralbank verbietet Handel mit digitalem Geld. Vernichtender Greenspan-Kommentar Von Daniel Eckert

Lange Zeit lief es gut für Bitcoin, die neue digitale Währung aus dem Internet. Nicht wenige meinten: viel zu gut. Der Kurs war seit Jahresanfang um mehr als 8000 Prozent nach oben geschossen. Doch nun muss das Geld aus dem Internet einen Tiefschlag nach dem anderen einstecken. Am Donnerstag schreckte eine Meldung aus China die Fans der Kryptowährung auf: Die Zentralbank des Landes, die People's Bank of China, verbietet es Kreditinstituten, Bitcoins zu verwenden.

Der Kurs reagierte prompt: Binnen Minuten nach der Meldung schmierte der Bitcoin-Preis um 20 Prozent ab. Kurz zuvor hatte die digitale Währung noch bei 1240 Dollar ein Rekordhoch markiert. Ironischerweise kostete eine Einheit der Internet-Währung damit zum ersten Mal mehr als eine Unze Gold. Das Verbotsdekret der People's Bank of China hat Gewicht: Zuletzt war die Volksrepublik zum Zentrum des globalen Bitcoin-Handels geworden. Die in Shanghai ansässige Firma BTC China ist binnen weniger Monate zur größten Bitcoin-Börse der Welt aufgestiegen und hat ältere Handelsplätze wie Mt.Gox hinter sich gelassen. Aus dem Reich der Mitte häuften sich zuletzt die Berichte über eine um sich greifende Spekulationsmanie in der Bevölkerung.

Abgesehen davon, dass Chinesen als traditionell wettfreudig gelten, haben Bitcoins eine Eigenschaft, die sie für die Bürger der Volksrepublik attraktiv macht: Während die chinesische Währung Renminbi (Yuan) nicht in beliebiger Höhe getauscht und ausgeführt werden kann, sind Bitcoins als globales Geld unbegrenzt transferierbar.

Dieser Konkurrenz aus dem Netz will Peking nun offenbar einen Riegel vorschieben: Bitcoins seien ein "virtuelles Gut", das keinen gesetzlichen Status oder monetären Gegenwert habe und deshalb nicht als Währung benutzt werden sollte, erklärte die People's Bank.

Als Folge des Verbots dürfen Banken und andere Finanzkonzerne nicht mehr mit Bitcoin handeln. Privatleute dürfen die virtuelle Währung weiter verwenden. Das geschehe allerdings auf eigene Gefahr, betonte die Notenbank. Für die Anhänger die digitalen Währung ist die Entscheidung der chinesischen Notenbank zwar ein Rückschlag, aber keine Katastrophe: "Die negativen Auswirkungen werden gerade übertrieben dargestellt", sagt Aaron König, Geschäftsführer der Firma Bitfilm in Berlin. Der Schritt der chinesischen Zentralbank sei vor allem als Hinweis zu verstehen, dass der Handel mit Bitcoins Risiken habe.

Das Verbotsdekret aus China war jedoch nicht die einzige schlechte Nachricht, die auf Bitcoins niederging: Auch die französische Zentralbank meldete sich zu Wort und warnte vor der Internet-Währung. Bitcoins seien "hoch spekulativ" und brächten für Verbraucher ein

"finanzielles Risiko" mit sich, teilte die Banque de France mit. Durch die fehlende Verankerung in der Realwirtschaft neige der Wechselkurs zu extremen Schwankungen.

Zudem garantiere niemand bei Bedarf die Umwandlung der digitalen Münzen in ein gesetzliches Zahlungsmittel. Die Notenbanker warnten Verbraucher darüber hinaus vor der Gefahr, dass Hacker Bitcoin-Konten auf dem Computer ausrauben könnten. Die Europäische Zentralbank hat bereits bei anderer Gelegenheit Bedenken gegenüber dem Internet-Geld zum Ausdruck gebracht.

Auch eine Finanz-Ikone hat sich nun mit kritischen Kommentaren zu Wort gemeldet: Alan Greenspan, der frühere Chef der US-Notenbank Federal Reserve, sagte, seiner Meinung nach seien Bitcoins eine "Bubble" ohne "inneren Wert". Niemand habe ihm bisher plausibel machen können, wie sich der innere Wert einer digitalen Münze berechnen lasse, erklärte Greenspan bei Bloomberg.

Bei sozialen Medien wie Facebook oder Twitter gab es teils hämische Kommentare zum Kurssturz. Kritiker, die der steile Anstieg des Bitcoin-Preises an die holländische Tulpenmanie des 17. Jahrhunderts oder andere Spekulationsblasen erinnert, fühlten sich bestätigt. Aus Sicht von Skeptikern ist der "innere Wert" von Bitcoins gleich null. Doch auch die Äußerungen von Greenspan über eine Spekulationsblase bei Bitcoins zogen Spott auf sich. Schließlich gilt Greenspan als der Mann, der mit seiner Billiggeldpolitik die New-Economy-Blase der Neunzigerjahre mit ausgelöst hat.

Befürworter von Bitcoin machen geltend, die digitalen Münzen seien kein Anlagegut wie Aktien oder Anleihen, sondern eine neue Technologie, die es ermöglicht, Güter und Dienstleistungen über die Landesgrenzen hinweg zu bezahlen. Dabei seien die Kosten viel geringer als bei Kreditkarten-Transaktionen oder anderen konkurrierenden Modellen. Der Gesamtwert aller Bitcoins sei daher mit der Börsenkapitalisierung eines Internet-Konzerns wie Google zu vergleichen.

Bitcoins wurden 2009 als Antwort auf die Finanzkrise eingeführt. Sie existieren nur im Internet und werden unabhängig von Banken, Notenbanken und anderen staatlichen Institutionen geschaffen. Anders als Euro oder Dollar funktionieren Bitcoins dezentral: Neue Einheiten des Internet-Geldes können von jedem User selbst generiert werden. Sie lassen sich aufgrund komplexer mathematischer Gleichungen mit dem Computer berechnen. Der Bitcoin-Algorithmus begrenzt die Gesamtzahl der digitalen Münzen auf 21 Millionen. Eine starke Inflation ist ausgeschlossen. Bisher existieren rund zwölf Millionen Bitcoins. Für den Prozess des Schürfens (Minings) ist eine bestimmte Hardware, zum Beispiel ein ASIC Miner, erforderlich. Wer das zeitraubende Schüfen nicht auf sich nehmen möchte, kann die digitalen Taler auch an Börsen wie Mt. Gox oder Bitcoin.de gegen Euro oder andere gesetzliche Zahlungsmittel erstehen.